

Eröffnungsstatement zur IVS- Wien Tagung „Inklusion oder Institution?“

Wien 02./ 03.03.2017 Wolfgang Waldmüller, MAS, IVS-Wien Vorstandsmitglied

Meine Damen und Herren,

ich darf sie im Namen der IVS-Wien ganz herzlich zu unserer Tagung mit dem Titel "Inklusion statt Institution?" begrüßen! Sie sehen ein Fragezeichen hinter dem Titel! Und sie werden sich vielleicht fragen, wie kommt die IVS Wien dazu eine Tagung mit dieser Themenstellung zu veranstalten? IVS Wien, das ist doch selber Institution! Das sind genommen sogar 18 Institutionen! Und zusätzlich sind wir noch eine Interessensvertretung für solche Institutionen!?

Ja, sie haben recht!

Aber:

Wir haben uns nie als klassische Interessensvertretung verstanden. Unser Ziel war nicht professionelles Lobbying zu betreiben um damit Wirkung, Macht und Einfluß zu vergrößern. Ausgangspunkt und Motiv unserer Gründung war die UN Konvention. Wir hatten vor 6 Jahren den Eindruck, daß die UN Konvention als verpflichtende Menschenrechtskonvention in Politik und Verwaltung und auch bei vielen Trägerorganisationen nicht wirklich angekommen war. Wenn diese Konvention etwa in § 19 unmissverständlich vorschreibt, dass Inklusion heißt es darf keine Sonderwohnformen mehr geben, dann besteht akuter Handlungsbedarf. Denn der Anteil der Sonderwohnformen in Österreich ist erschreckend hoch!

Die IVS Wien ist also mit dem erklärten Ziel gegründet worden gemeinsam mit Betroffenen und Kostenträgern, konkrete Vorschläge und Modelle zur Umsetzung der UN Konvention zu entwickeln und die eigenen Angebotsstrukturen entsprechend zu verändern. Vor allem die Zusammenarbeit mit Betroffenen war und ist uns wichtig.

Gerade im Bereich Wohnen ist hier in Wien in den vergangenen Jahren einiges gelungen zu dem auch die Mitgliedsorganisationen beigetragen haben. Nur ein Beispiel: In Wien leben bereits mehr als 50% der betroffenen Menschen mit intellektueller oder psychischer Behinderung in eigenen Wohnungen. Sie beziehen ihr eigenes Einkommen. Sie kommen selber für ihren Lebensunterhalt auf. Die Unterstützungsleistung bezahlt der FSW. Und es gibt eine relative Vielfalt von Anbietern – man kann gerade auch im teilbetreutem Wohnen den Anbieter wechseln wenn man nicht zufrieden ist.

ABER: wir wollen heute über die anderen 50% sprechen, über die Menschen die in vollbetreuten Wohnformen leben. In Wien sind das in der Regel gemeinwesenintegrierte Wohngemeinschaften mit etwa 10 Bewohnerinnen. Eigentlich ein gut entwickelter Standard im Vergleich zu vielen anderen Bundesländern. Aber: dennoch Institution! Denn die betroffenen Menschen können in der Regel nicht selber entscheiden wo sie wohnen wollen, sie können ihre Mitbewohner nicht aussuchen, und schon gar nicht ihre Betreuerinnen.

Unsre Fragestellung ist: wie kann man das ändern – wie kann man auch Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf inklusives Wohnen in eigenen, selbst angemieteten Wohnungen ermöglichen? Aus diesem Grund veranstalten wir Tagungen wie diese. Wir wollen unterschiedliche internationale Beispiele präsentieren um eigenen Positionen zu hinterfragen und ein wenig mehr „out of the Box“ über Inklusion nachdenken zu können.

Ich glaube das dieses „Out of the box“ denken nicht nur uns gut tut, sondern auch den Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung.

Und damit bin ich beim Thema Politik: Hier zeigt sich leider auf unerfreuliche Art und Weise, dass unser Thema von hoher Aktualität ist. Ich bringe nur zwei Beispiele:

Unter der Schlagzeile: es wäre doch „sinnwidrig in Pflegeheimen Zimmer leer zu lassen!“ verkündet im Dezember 2016 LH Püringer dass er zukünftig in OÖ wieder junge Menschen mit Behinderung in Alten- und Pflegeheimen unterbringen will, denn Oberösterreich habe ein Überangebot an Pflegeheimplätzen und ein Unterangebot an Betreuungsplätzen für Menschen mit Behinderung.

Ich weiß nicht wie es ihnen geht aber ich war einigermaßen fassungslos!

- hier werden Standards der 50er und 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts rehabilitiert. Und:
- Hier liegt offenbar ein politisches Planungsversagen vor, welches nun Menschen mit Behinderung ausbaden müssen. Und zwar auf menschenrechtswidrige Weise!
- Nicht nur in OÖ leben sogenannte „fehlplatzierte“ Menschen mit Behinderung in Pflegeheimen. Aus der Hochrechnung aktueller Zahlen für Wien und NÖ und Tirol ergibt sich, daß österreichweit nach wie vor etwa 1.500 Menschen mit Behinderung die jünger als 60 Jahre sind in Alten- und Pflegeheimen leben müssen! Auch hier liegt neben völliger Ignoranz für die Forderungen der UN Konvention ein gravierendes politisches Planungsversagen vor. In Wien gibt es dazu wenigstens ein aktuelles Ausgliederungsprojekt das jedoch - auch wegen Widerständen im Pflegebereich eher langsam vorankommt.

Auch in Wien ist keineswegs alles rosig: Thema Persönliche Assistenz. Für einen eingeschränkten Bezieher Kreis gibt es seit 10 Jahren die sogenannte Pflegegeldergänzungsleistung. Mit dem zusätzlichen Geld kann sich der oder die Betroffene persönliche individuelle Assistenzleistungen zukaufen. Um diese Leistung wurden wir von vielen Betroffenen in anderen Bundesländern beneidet. Es gibt dort oft nichts Vergleichbares.

- Aber: Seit 10 Jahren wurde der Stundensatz für diese Leistung nicht valorisiert. Aus 16 Euro pro Stunde sind real 12,8 Euro geworden. (VPI ist um 21% gestiegen)
- Und: die Sozialversicherersträger verweigern den Betroffenen seit kurzem Assistenten als „Freie Dienstnehmer“ zu beschäftigen. Damit werden von den ursprünglich 16 Euro pro Stunde wahrscheinlich nur mehr 8-9 € bleiben. Zu diesem Stundenlohn wir kein Assistent zu beschäftigen sein. Resultat ist eine massive Leistungskürzung.

Ich habe mir lange überlegt, ob ich diese eher unerfreulichen Beispiele zu Beginn unserer Tagung ansprechen soll. Ich tue es denn es besteht Handlungsbedarf und handeln, das können nur wir und die betroffenen Menschen mit Behinderung. Und es ist offenbar tatsächlich so, dass Menschenrechte immer wieder aufs Neue erkämpft werden müssen. Und uns in dieser Auseinandersetzung Mut zu machen, dazu soll diese Tagung auch dienen!

In diesem Sinne möchte ich zum Schluss nochmals die wichtigsten Positionen der IVS Wien zum Thema Wohnen und Inklusion zusammenfassen:

1. Das Recht selber bestimmen zu können, wo wir wohnen ist ein grundlegendes Menschenrecht. Das muß auch für Menschen mit Behinderung gelten. Deshalb müssen wir unsere Angebotsstrukturen radikal umbauen. Und Kostenträger dazu bewegen dies auch zu finanzieren.
2. Wohnen und Betreuung müssen als unterschiedliche Leistung konsequent voneinander getrennt werden! Die sogenannte „totale Institution“ nach Goffmann mit all ihrem Leid und Schrecken kommt nur zustande wenn eine Organisation totale und unkontrollierte Verfügungsgewalt über das gesamte Leben von Menschen bekommt.
3. Menschen mit Behinderung müssen über das ihnen zustehende Grundeinkommen verfügen können (Lohn, Mindestsicherung, Transferleistungen, etc.) Sie mieten unabhängig von ihrem Unterstützungsbedarf ihre eigene Wohnung an und sollten sich Unterstützung unter mehreren Anbietern auswählen können.
4. Auch persönliche Assistenz und persönliches Budget müssen als eine Wahlmöglichkeit unter vielen in diesem Rahmen für alle Menschen mit Behinderung ermöglicht werden. Und es sollte hier unbedingt zu einer österreichweiten Lösung kommen um zu verhindern, dass die Länder hier weiterhin zusätzliche sinnlose und menschenrechtswidrige Barrieren für die Betroffenen errichten können.
6. Und wir als Trägerorganisationen müssen uns von mächtigen Institutionen zu echten Dienstleistern wandeln. Kundenwünsche und Kundenbedürfnisse müssen im Fokus stehen, nicht unserer Bedürfnisse als Organisationen. Unsere Angebotssysteme müssen sich radikal den Kunden und ihren Unterstützungsbedürfnissen anpassen!
7. Wir müssen uns auch von der Vorstellung verabschieden dass Inklusion teurer ist als das bestehende Angebot. Inklusion ist nicht teurer! Um so treffsicherer und maßgeschneiderter Dienstleistungsangebote sind umso effizienter sind sie. Teuer ist nur das Gießkannenprinzip der Großeinrichtungen. Die Hindernisse liegen nicht bei den Kosten. Es ist nur mühsam altgewachsene Strukturen zu verändern.
8. Die gute Nachricht zum Schluß: Es wird weiterhin Institutionen geben - allerdings als Dienstleister mit neuem Selbstverständnis. Das heißt wir müssen unsere institutionelle Macht an die Betroffenen zurückgeben! Unser Gegenüber werden Kunden sein, die selbstbestimmt und selbstbewusst auswählen. Dann wird es auch uns weiterhin geben. Und das hat zweifelsohne auch etwas Gutes: denn institutionelles Fachwissen und Know how wird weiterhin von großer Bedeutung sein. Ein gutes Beispiel dafür wäre etwa die von Experten mit Betroffenen entwickelte unterstützte Kommunikation die vielen Betroffenen erst die Möglichkeit gegeben hat ihre eigene Meinung und ihren eigenen Willen auszudrücken

In diesem Sinne meine Damen und Herren
wünsche ich Ihnen und uns allen eine spannende Tagung!